



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: keine

Zielrichtung der Bildungsdirektion wurde nicht geändert

Der Nidwaldner Regierungsrat beantwortet einen parlamentarischen Vorstoss, der im Zusammenhang mit Veränderungen im Volksschulbereich steht. Die Interpellanten fragen nach der Planung sowie der Zusammenarbeit zwischen Bildungsdirektion und Gemeinden.

Die Landräte Hans-Peter Zimmermann und Klaus Waser stellen im Rahmen einer Interpellation fest, dass sich Politik und Zielrichtung der Bildungsdirektion in Sachen Volksschule in den letzten zwei Jahren wesentlich geändert haben. Zu ihren konkreten Fragen zur Weiterentwicklung der Volksschule, zur politischen Planung der Bildungspolitik sowie zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Gemeinden und Bildungsdirektion nimmt der Nidwaldner Regierungsrat Stellung.

Im Wesentlichen hält der Regierungsrat fest, dass sich an der Zielrichtung der Bildungsdirektion in den vergangenen Jahren nichts geändert hat. Er verweist auf die Schwerpunkte, die der Bildungsdirektor anlässlich seines Amtsantritts im Sommer 2010 gegenüber all seinen Partnern kommuniziert hatte: Die Schaffung optimaler Bildungsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler, eine Verminderung des administrativen Aufwands, die Anerkennung der Lehrpersonen in der Gesellschaft, die Überprüfung von Qualitätskontrollen und des integrativen Schulsystems sowie die Verpflichtung der Eltern hinsichtlich ihrer Erziehungsaufgabe. Mit diesen Schwerpunkten entspreche man den wesentlichen Entwicklungen im Bildungsbereich und arbeite in der gleichen Richtung weiter wie in der Vergangenheit.

Bildungspolitische Aspekte teilweise stärker akzentuiert

Der Regierungsrat hält weiter fest, dass sich insbesondere im Volksschulbereich verschiedene Themen aus Entwicklungen ergeben haben, die vor Jahren eingeleitet worden sind und nun einer Überprüfung, einer Korrektur oder eines Grundsatzentscheids bedürfen. Dazu gehören die Wiedereinführung von Noten an der Mittelstufe der Primarschule, Veränderungen in der Schuleingangsstufe, die Aufstockung der Stundentafel, die Einführung des Lehrplans 21 oder die Überprü-

fung einer Verlagerung des Frühfranzösisch an die Orientierungsschule. In der Bearbeitung der Geschäfte spielen sowohl die Politik als auch die Pädagogik eine Rolle. Der Umstand, dass heute bildungspolitische Aspekte teilweise akzentuierter hervortreten als bisher wird nicht in Abrede gestellt.

Anhand der Legislatur- und der Jahreszielsetzungen zeigt der Regierungsrat die zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhänge der Entwicklungen im Bildungsbereich auf.

Abschliessend weist der Regierungsrat darauf hin, dass im Rahmen der politischen Arbeit Spannungen aufgrund unterschiedlicher Auffassungen unvermeidbar sind. Er ist davon überzeugt, dass mit seiner transparenten Kommunikation, der Bereitschaft zur Aussprache und persönlichen, institutionalisierten und informellen Kontakten das gegenseitige Verständnis und Vertrauen der Bildungspartner gefördert werden können.

Weiterführende Informationen:

http://www.nw.ch/de/kommunikationmain/medienmitteilungen/aktuellesinformationen/?action=showinfo&info_id=18801

RÜCKFRAGEN

Res Schmid, Bildungsdirektor, Telefon 041 618 74 00, erreichbar für Rückfragen am Dienstag, 19. November 2013 zwischen 15 und 16 Uhr.

Stans, 19. November 2013